

Auswirkungen der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen

Erfahrungen des Community Consulting Teams der IQ Fachstelle Einwanderung und Integration

Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops vom 26.03.2025

Um die Perspektiven der Zielgruppe des Förderprogramms IQ – Integration durch Qualifizierung in die Diskussion zu thematischen Schwerpunkten und in die (Weiter)Entwicklung von Empfehlungen und Konzepten einzubringen, bindet die Fachstelle Einwanderung und Integration ein sog. Community Consulting Team in ihre Arbeit ein. Dieses setzt sich aus Personen zusammen, die eine eigene Migrationserfahrung und Erfahrung auf dem deutschen Arbeitsmarkt mitbringen. Sie tauschen sich zu verschiedenen Schwerpunktthemen im Kontext Einwanderung und Arbeitsmarktintegration aus und entwickeln gemeinsam Ideen und Vorschläge, wie die Situation von Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden könnte.

Im Rahmen eines Workshops diskutieren die Mitglieder des Community Consulting Teams mit zwei Vertreterinnen der IQ Fachstelle Einwanderung und Integration ihre Erfahrungen und Beobachtungen hinsichtlich der Auswirkungen der aktuellen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland auf das Leben eingewanderter Menschen ihrer Communities. Die Consultants teilen dabei, neben ihren eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen, auch die ihrer Familien und Bekannten und leiten Wünsche und Empfehlungen ab, die dabei helfen können, (neu)eingewanderte Menschen trotz der aktuellen Situation in Deutschland zu halten bzw. Menschen für eine Einwanderung nach Deutschland zu gewinnen.

Auswirkungen der Ergebnisse der Bundestagswahl auf die Communities

Die Mehrheit der Community Consultants berichtet, dass die Ergebnisse der Bundestagswahl und die politischen Entwicklungen der letzten Monate in ihren Communities Verunsicherungen ausgelöst haben, die zu unterschiedlichen Reaktionen führen: Sie reichen von Ängsten und Unsicherheiten, über Abwanderungspläne bis hin zu Sympathien mit einzelnen Positionen rechter Parteien. Einige Teilnehmende berichten von politischem Desinteresse in ihren Communities bzw. von Sorgen, die über den anstehenden Regierungswechsel hinaus reichen. Die geteilten Meinungen finden sich laut den Community Consultants sowohl in den in Deutschland lebenden Communities als auch in denen der jeweiligen Herkunftsländer:

„Die Meinungen in meinem Bekanntenkreis gehen stark auseinander, da die Personen aus verschiedenen Herkunftsländern stammen, zu unterschiedlichen Zeiten nach Deutschland gekommen sind und unterschiedliche Interessen haben.“

„In den Herkunftsländern sind die Reaktionen gemischt: Einige sehen die Wahl der AfD als einen weiteren Beweis für die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und sind besorgt um die Integration ihrer Landsleute. Andere hingegen empfinden die Wahl als eine Reaktion auf die Wahrnehmung von ‚zu viel Migration‘ und die damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen.“

Angst und Verunsicherung

Viele der Teilnehmenden berichten von zunehmenden Ängsten und Unsicherheiten, die im Kontext der Bundestagswahl entstanden und u. a. auf den Anstieg rassistischer Angriffe auf Personen mit (zugeschriebener) Migrationsgeschichte und verstärkten Diskriminierungserfahrungen zurückzuführen sind:

„Eine Klientin aus Südamerika berichtete mir kürzlich, sie habe auf einer Parkbank gesessen und es seien vier ältere deutsche Frauen gekommen, die sie mit dem Satz ‚das ist unsere Bank‘ aufgefordert hätten, die Bank freizugeben. In einem Geschäft sei ihr von einer Verkäuferin gesagt worden, sie könne froh sein, dass sie hier noch einkaufen dürfe.“

„Und die Wahrheit ist, dass rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe auf der Straße, am Arbeitsplatz, in Schulen und sogar in Kindergärten zunehmen.“

Die Community Consultants beobachten außerdem, dass die Arbeitssuche für Migrant*innen, selbst für diejenigen mit hohen akademischen Abschlüssen und guten Englischkenntnissen, immer schwieriger wird und sie zunehmend Diskriminierungserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt machen. Ähnliches gilt für den Wohnungsmarkt.

Einige der Community Consultants und ihre Bekannten sorgen sich, dass zukünftige politische Entscheidungen die Situation für sie weiter erschweren und ihre Integration bremsen könnte. Dazu gehören unter anderem Sorgen vor bzw. Beobachtungen von finanziellen Kürzungen wichtiger Integrationsangebote:

„Aufgrund von Budgetkürzungen sind zusätzliche Unterrichtsstunden, die früher eine wertvolle Unterstützung boten, nun nicht mehr verfügbar. Dies beeinträchtigt die Chancen vieler Menschen, sich sprachlich und beruflich besser zu integrieren.“

Die Community Consultants berichten zudem über Sorgen um den Aufenthaltstitel und vor drohender Abschiebung. Lt. Aussage einer der Teilnehmerinnen befinden sich viele Menschen ihrer Community im „Überlebensmodus“ und versuchen den eigenen Aufenthaltsstatus zu sichern:

„In meiner Community in Deutschland wird dieses Thema mit großer Sorge diskutiert, besonders unter denjenigen, die sich im Asylverfahren befinden. Fünf Teilnehmerinnen meines Kurses sind in dieser Situation und haben Angst, von einem Tag auf den anderen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt zu werden.“

Bei einigen führt diese Situation dazu, dass sie versuchen, ihre Zukunft zu sichern, indem sie die eigene Einbürgerung vorantreiben:

„Ratsuchende äußern häufig Sorge vor Gesetzesänderungen, die negative Auswirkungen auf ihre persönliche Lebenssituation haben könnten. So gibt es beispielsweise Einbürgerungsanfragen, mit der Bitte diese möglichst schnell zu bearbeiten, bevor ggf. Verschärfungen des Staatsangehörigkeitsgesetz beschlossen werden könnten.“

Doch auch Personen mit deutscher und mindestens einer anderen Staatsangehörigkeit fürchten aufgrund politischer Debatten, die den Entzug der Staatsbürgerschaft von Menschen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit als Strafmaßnahme beinhalten, um ihre Zukunft. Dies führt unter anderem dazu, dass sich selbst Personen, die faktisch „deutsch“ sind, weniger zugehörig fühlen.

Die Community Consultants betonen, dass die aktuelle Lage alle Eingewanderten betrifft. Zwar fühlen sich Personen mit gesichertem Arbeitsverhältnis und/oder hochqualifizierte Personen davon weniger bedroht, gleichzeitig denken aber auch diese Gruppen bereits über eine Abwanderung aus Deutschland nach.

Gedanken und Pläne zur Abwanderung

Lt. den Consultants sind es vor allem Personen mit hohen Qualifizierungen und guten Arbeitsmöglichkeiten bzw. stabilen finanziellen Bedingungen, die in andere Länder abwandern oder in ihr Herkunftsland zurückkehren. So berichtet eine Teilnehmende, dass hochqualifizierte Zugewanderte zwar aktuell noch die politischen Entwicklungen abwarten, sich aber bereits darauf gefasst machen, auszuwandern, falls sich die Situation weiter verschlechtert. Eine andere Teilnehmende wirft ein, dass dies auch auf weniger qualifizierte Zugewanderte zutrifft:

*„Auch nicht so gut ausgebildete Bulgar*innen wandern schon aus nach Spanien, Portugal oder zurück nach Bulgarien. Es rentiert sich nicht mehr, in Deutschland zu arbeiten.“*

Ähnliches wird aus der albanischen Community berichtet:

*„In Albanien wurde Deutschland lange als starkes Industrieland, als Autohersteller und technologischer Vorreiter wahrgenommen. Doch die aktuellen Nachrichten über die AfD als zweitstärkste Partei, steigende Arbeitslosenzahlen und die Rezession lassen das Land schwächer erscheinen. In den sozialen Medien gibt es mittlerweile sogar humorvolle Reels über Albaner*innen, die bald wieder nach Albanien ‚für ein besseres Leben‘ zurückkehren müssen.“*

Außerdem wird darüber gesprochen, dass viele Eingewanderte versuchen, die Zukunft ihrer Kinder zu sichern, indem sie sie dabei unterstützen, im Ausland und nicht in Deutschland zu studieren.

Gleichgültigkeit

Aus einzelnen Communities wird von politischem Desinteresse oder einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber dem anstehenden Regierungswechsel und den politischen Entwicklungen in Deutschland berichtet. Das trifft insbesondere auf die ukrainische, aber auch auf die russische Community zu:

„In meiner ukrainischen Community beobachte ich aktuell keine großen Sorgen in Bezug auf die Bundestagswahl.“

„In meinem Umfeld wird das Thema eher selten angesprochen, möglicherweise auch bewusst vermieden. In der Ukraine wird vor allem diskutiert, ob Deutschland weiterhin militärische Unterstützung leisten wird – wer genau regiert, ist für viele zweitrangig.“

„In der russischen Community wird die Situation nicht so ernst genommen. Unter anderem weil man hofft, dass die Rechten im Parlament mit dem ‚Checks and Balances System‘ ausbalanciert werden.“

Eine Teilnehmerin schreibt außerdem, dass einige Migrant*innen aufgrund der fehlenden Integration und anderer Herausforderungen in Deutschland wenig politisiert sind:

„Der Mangel an Sprache und Integration ermöglicht es vielen Menschen nicht, wirklich zu verstehen, was in Deutschland passiert. Viele konzentrieren sich darauf, einen guten Job zu finden und ihre Aufenthaltsdokumente zu erhalten.“

Zustimmung für die Programme rechter Parteien

Die Community Consultants berichten auch, dass in ihrem Bekanntenkreis vereinzelt Zustimmung zu den Programmen rechter Parteien, insbesondere beim Thema Migration, geäußert wird. Dies gilt insbesondere für Spätaussiedler*innen, von denen sich viele für eine klare Begrenzung der irregulären Migration aussprechen.

Aber auch in anderen Communities beobachten die Teilnehmenden ähnliches. So berichtet ein Mitglied des Teams über eine Person aus ihrem Umfeld:

*„C. aus Kolumbien, seit 2003 in Deutschland, Chemikerin, hält die ‚Wende‘ in der Migrationspolitik der CDU/CSU für notwendig. Sie selbst hat damals den schwierigen, aber legalen Weg nach Deutschland gewählt und ist der Ansicht, dass Personen, die sich illegal im Land aufhalten, abgeschoben werden sollten. Nach 17 Jahren in Deutschland und einer erfolgreichen Integration hat sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Darauf ist sie sehr stolz und sie bedauert, dass diese Einstellung bei vielen Migrant*innen fehlt.“*

Eine teilnehmende Person berichtet außerdem von einem Anstieg der Zustimmung für rechte Parteien innerhalb der iranischen Community, die sie vor allem darauf zurückführt, dass viele Iraner*innen aus politischen Gründen nach Deutschland geflohen sind und jeglicher Form von Islamismus sehr kritisch gegenüberstehen. Ihrer Meinung nach sind sie deshalb besonders empfänglich für die Narrative rechter Parteien und die steigende Berichterstattung über islamistisch

motivierte Gewalt. Die Teilnehmerin bringt dies auch im Zusammenhang mit sozialökonomischen Faktoren: Iraner*innen mit höherem Bildungsgrad oder sichererer Arbeitsstelle sind ihrer Erfahrung nach weniger empfänglich dafür und sorgen sich in der aktuellen Lage weniger.

Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auf die Communities

Die Ängste und Sorgen in den verschiedenen Communities, die sich in vielfältigen Reaktionen äußern, sind nach Ansicht der Consultants auch auf die aktuelle wirtschaftliche Lage zurückzuführen.

Die Teilnehmenden berichten, dass insbesondere zugewanderte Fachkräfte frustriert sind, wenn sie mit der Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt konfrontiert werden, auf dem trotz des Fachkräftemangels in vielen Branchen, Hürden, wie z. B. langwierige Anerkennungsprozesse, den qualifikationsadäquaten Zugang zum Arbeitsmarkt versperren:

„Viele Migranten nehmen dann Jobs an, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entsprechen, mit niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten. Da sie oft nicht wissen, wie sie ihr Gehalt verhandeln können, sind sie sich nicht bewusst, was ihnen aufgrund ihrer Ausbildung und Erfahrung eigentlich zusteht. Zudem fehlen ihnen Informationen über Arbeitsverträge, Probezeiten und Arbeitsrechte, was sie anfälliger für plötzliche Kündigungen und frustrierende Situationen macht.“

Zu den fehlenden arbeitsrechtlichen Kenntnissen kommen Diskriminierungserfahrungen bei der Jobsuche bzw. am Arbeitsplatz hinzu, die sich, so die Community Consultants, im Zuge der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen verstärken:

„Die Jobsuche wird zunehmend schwieriger, und viele erleben verstärkte Vorurteile bei Bewerbungen, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit.“

„Es gibt einen zunehmenden Fokus auf ‚deutsche‘ Arbeitskräfte, wodurch viele Menschen meiner Community trotz Qualifikationen und Erfahrung oft keine fairen Chancen auf eine Anstellung haben.“

Die Community Consultants beobachten verschiedene Tendenzen in den einzelnen Branchen. So sehen sie, dass Menschen im Pflegesektor aufgrund des Fachkräftemangels sehr schnell einen Job finden, während Personen, die im bildungspolitischen Bereich oder z. B. in der Automobilbranche tätig sind, von den Sparmaßnahmen direkt betroffen sind.

Empfehlungen der Community Consultants

Klare Willkommenskultur

Um (Neu)Eingewanderte in Deutschland zu halten und potenziell Interessierte für eine Einwanderung nach Deutschland zu gewinnen, empfehlen die Community Consultants der neuen Bundesregierung, den Menschen deutlich zu verstehen zu geben, dass sie hier willkommen sind:

„Eine klare, willkommene Kommunikation seitens der Politik wäre wichtig – viele spüren aktuell eher Zurückhaltung statt Einladung.“

Dazu gehört ihrer Meinung auch die Stärkung wichtiger Integrationsbereiche, u. a. im Bereich Sprache, Anerkennung beruflicher Qualifikationen, psychosoziale Unterstützung und Förderung der Teilhabe durch Selbstorganisation.

Passgenaue Beratung

Die Community Consultants empfehlen darüber hinaus den Ausbau bzw. die dauerhafte Förderung passgenauer Beratungsangebote, die (Neu)Eingewanderte bei der Integration in Arbeit und Alltag unterstützen. Diese sollen leichter zugänglich gemacht und hinsichtlich Mehrsprachigkeit ausgebaut werden:

„Eine zentrale Maßnahme wäre der Aufbau eines sichtbaren Informationsangebots für Neuankommende: Wohin kann ich mich wenden? Welche Rechte habe ich? Welche Angebote gibt es? Es braucht mehrsprachige Informationsstellen (digital und analog), gut erreichbare Beratungsangebote und niederschwellige Orientierungshilfen. Viele wissen anfangs einfach nicht, welche Hilfe überhaupt existiert.“

Hilfreich wäre es aus ihrer Sicht, Beratungsangebote schon vor der Einwanderung nach Deutschland, also noch im Herkunftsland, anzubieten. Einwanderungsinteressierten erhalten auf diese Weise realistische Erwartungen über das Leben in Deutschland und können sich entsprechend vorbereiten.

Um Unternehmen besser über Einstellungsmöglichkeiten und -hürden für (Neu)Eingewanderte zu informieren und zu beraten, empfehlen die Community Consultants zudem, die Angebote auch in diese Richtung auszubauen.

Digitaler und weniger bürokratisch

Um Anträge schneller bearbeiten und Menschen weniger in Warteschleifen verharren zu lassen, sprechen sich die Community Consultants für einen deutlichen Abbau der Bürokratie und einem beschleunigten Ausbau der Digitalisierung in Behörden aus.

Fokus auf berufliche Potentiale

Um einerseits der Dequalifizierung von Migrant*innen und andererseits dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, empfehlen die Consultants, den Prozess der Anerkennung beruflicher

Qualifikationen deutlich zu erleichtern und zu beschleunigen. Sie empfehlen des Weiteren, mehr gezielte Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen anzubieten, damit (Neu)Eingewanderte in Branchen einmünden, in denen Fachkräfte gesucht werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und Sprachkurse.

Fachstelle Einwanderung und Integration

Minor – Projektkontor für Bildung und
Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf 25, 13407 Berlin

Tel.: +49 (0)30 457989504

E-Mail: fei@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de

www.netzwerk-iq.de/einwanderung.html



Die Fachstelle Einwanderung und Integration wird im Rahmen des Förderprogramms IQ – Integration durch Qualifizierung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge administriert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit.

Gefördert durch:



Administriert durch:



In Kooperation mit:



Die Fachstelle Einwanderung und Integration wird zusätzlich finanziert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung aus Landesmitteln, die das Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossen hat.